

## Pionierinnen der Öffentlichkeitsarbeit: das Beispiel Anita Augspurg

Susanne Kinnebrock

### Angaben zur Veröffentlichung / Publication details:

Kinnebrock, Susanne. 2003. "Pionierinnen der Öffentlichkeitsarbeit: das Beispiel Anita Augspurg." Ariadne - Forum für Frauen- und Geschlechtergeschichte 19 (44 (Themenheft "Rauschen im Blätterwald - Journalistinnen und Frauenpresse")): 22-29.

### Nutzungsbedingungen / Terms of use:

licgercopyright

Dieses Dokument wird unter folgenden Bedingungen zur Verfügung gestellt: / This document is made available under these conditions:

**Deutsches Urheberrecht**

Weitere Informationen finden Sie unter: / For more information see:

<https://www.uni-augsburg.de/de/organisation/bibliothek/publizieren-zitieren-archivieren/publiz/>



# Pionierinnen der Öffentlichkeitsarbeit

## Das Beispiel Anita Augspurg

**Susanne  
Kinnebrock**

geb. 1966, Dr. phil.,  
Studium der  
Kommunikations-  
wissenschaft,  
Politikwissenschaft,  
Geschichte und  
amerikanischen  
Kulturwissenschaft;  
derzeit Stipendiatin  
der Ludwig-  
Maximilians-  
Universität Mün-  
chen mit einem  
Projekt über histori-  
sche Frauen-  
zeitschriften. Publ.  
u.a.: Anita Aug-  
spurg (1857-1943).  
Eine kommuni-  
kationshistorische  
Biographie,  
Pfaffweiler 2003  
(erscheint dem-  
nächst).

»Propagandaarbeit! Wer weiß, was alles damit zusammenhängt, der wird niemals sagen können, daß darin keine ›Leistung‹ liegt. [...] Propagandaarbeit [...] diese haben wir in erster Linie vorgenommen...«<sup>1</sup> Das resümierte 1913 die Frauenrechtlerin Minna Cauer. Hinter ihr lagen über 25 Jahre Arbeit als Aktivistin der Frauenbewegung – 25 Jahre, in denen die deutsche Frauenbewegung eine Reihe von Erfolgen errungen hatte, sei es die Öffnung der Universitäten für Frauen oder die Abschaffung von Vereins- und Versammlungsgesetzen, die Frauen bis 1908 in großen Teilen Deutschlands von politischen Versammlungen und Parteien ferngehalten hatten.

Diese Erfolge hatte die deutsche Frauenbewegung nicht aufgrund von politischen Mandaten durchgesetzt. Denn für die Parlamente der Länder und für den Reichstag besaßen Frauen damals weder ein aktives noch ein passives Wahlrecht. Es war vielmehr die von Cauer erwähnte ›Propagandaarbeit‹, mit deren Hilfe die Aktivistinnen der Frauenbewegung die Öffentlichkeit für ihre Anliegen mobilisiert hatten. Dabei dürfte der Terminus ›Propagandaarbeit‹ heute befremden. Denn die totalitären Regime des 20. Jahrhunderts bezeichneten ihre ideologisierte, oft realitätsverfälschende und manipulativ angelegte Kommunikation ebenfalls als ›Propaganda‹. Im Alltagsdiskurs westlicher Demokratien hat sich in der Folge für das Kommunizieren politischer Interessen und Zielsetzungen der Begriff ›politische Öffentlichkeitsarbeit‹ durchgesetzt.<sup>2</sup>

Im Folgenden wird nun argumentiert, dass das erfolgreiche Platzieren der Frauenfrage auf der Agenda der deutschen Presse als eine herausragende Leistung der ersten deutschen Frauenbewegung angesehen werden kann. So wurde öffentlicher Druck erzeugt, der die Politik zum Handeln zwang.

Über die Öffentlichkeit Politik zu betreiben, das war eine Strategie, die vor allem »die Seele der politischen Bewegung«<sup>3</sup>, Anita Augspurg, mit großem Geschick verfolgte.

Augspurg dürfte als Vorkämpferin für das Frauenstimmrecht und als radikale Pazifistin hinlänglich bekannt sein.<sup>4</sup> Ihrer journalistischen Tätigkeit für verschiedene Frauenzeitschriften<sup>5</sup> und Tageszeitungen<sup>6</sup>, im Besonderen aber ihrer Öffentlichkeitsarbeit wurde bisher weniger Beachtung geschenkt. Deshalb soll hier anhand einiger Beispiele illustriert werden, wie Augspurg Öffentlichkeitsarbeit betrieb. Dabei wird die These vertreten, dass Augspurg nur so lange ihre Anliegen erfolgreich thematisieren konnte, wie sie die Funktionsweise politischer Kommunikation, genauer: die Taktiken wirksamer Öffentlichkeitsarbeit, beachtete.

### Öffentlichkeitsarbeit

Öffentlichkeitsarbeit wird von staatlichen Stellen und Behörden, aber auch von Wirtschaftsunternehmen und Vereinen betrieben. Ist ihr Ziel eine (kommunikative) Einflussnahme auf die Struktur des Gemeinwesens, so handelt es sich um politische Öffentlichkeitsarbeit. Unter Öffentlichkeitsarbeit oder auch Public Relations ist zu verstehen: »das Management von Informations- und Kommunikationsprozessen zwischen Organisationen einerseits und ihren internen oder externen Umwelten (Teilöffentlichkeiten) andererseits. Funktionen von Public Relations sind Information, Kommunikation, Persuasion, Imagegestaltung, kontinuierlicher Vertrauens-erwerb, Konfliktmanagement und das Herstellen von gesellschaftlichem Konsens.«<sup>7</sup>

Die Vereine der Frauenbewegung stellten durchaus Organisationen dar, die Kommunikationsinteressen verfolgten und Öffentlichkeitsarbeit im oben genannten Sinne betrieben. Herausgestellt seien zwei Aspekte – dass Öffentlichkeitsarbeit der Herstellung von Konsens dient und unterschiedliche Publika bzw. (Teil-) Öffentlichkeiten differenziert anspricht.

Aus der Perspektive eines Vereins lässt sich zunächst zwischen der internen und verschiedenen externen Öffentlichkeiten unter-

scheiden.<sup>8</sup> Während sich eine interne Öffentlichkeit in der Regel dadurch auszeichnet, dass die AdressatInnen im Verein organisiert und über Vereinspublikationen bzw. -aktivitäten zu erreichen sind, trifft dies für externe Öffentlichkeiten kaum zu. Im Besonderen die »allgemeine« oder politische Öffentlichkeit, die damals hauptsächlich von der Tagespresse konstituiert wurde, ist weder organisiert noch aktiv. Sie kann somit mit klassischen Vereinsaktivitäten (Versammlungen, Vereinszeitschriften und Briefwechseln) nur in Ausnahmefällen erreicht werden – und das, obwohl es in der Regel erklärtes Ziel von Vereinen ist, auch in der allgemeinen Öffentlichkeit Verständnis und Akzeptanz für die eigenen (Kommunikations-) Interessen zu schaffen. Deshalb wird meist versucht, die allgemeine Öffentlichkeit über Pressearbeit zu erreichen (d.h. durch das Bereitstellen von gut aufbereiteten Informationen für JournalistInnen). Darüber hinaus werden berichtenswerte Ereignisse inszeniert, die die Presse dann als Aufhänger für Berichte über Vereinsinteressen nutzen kann (instrumentelle Inszenierung)<sup>9</sup> und eigene Anliegen aktualisiert, d.h. in Verbindung gebracht mit bereits etablierten Themen, die

erleichtert es, die Öffentlichkeitsarbeit der ersten deutschen Frauenbewegung zu analysieren. Wenngleich Öffentlichkeiten, als Kommunikationsräume verstanden, nicht trennscharf voneinander abzugrenzen sind, so bietet sich doch für die erste deutsche Frauenbewegung eine Unterscheidung an zwischen vereinsinternen Teilöffentlichkeiten – z.B. die des deutschen Vereins für Frauenstimmrecht (DVF) –, der Teilöffentlichkeit der deutschen Frauenbewegung, die allerdings nochmals in proletarische und bürgerliche Teilöffentlichkeiten zerfiel, und der allgemeinen Öffentlichkeit.

Als zentrales Ziel von Öffentlichkeitsarbeit ist die Herstellung von gesellschaftlichem Konsens erwähnt worden. Damit ist keine grundsätzliche Vermeidung von öffentlichen Konflikten gemeint. Gesellschaftliche Ausschlüsse und Unrechtserfahrungen müssen als solche artikuliert und politisch verallgemeinert werden, um gesellschaftlichen Wandel herbeizuführen.<sup>11</sup> Doch zielt Öffentlichkeitsarbeit auch bei der Thematisierung von sozialen Konflikten darauf, Verständnis für die artikulierten Interessen zu erreichen. Durch deren Anerkennung als berechtigt soll mit Hilfe von Ausgleichsmaßnahmen gesell-

»Die Herausgabe eines eigenen Vereinsblattes legt einem Vereine große Opfer auf, und die Verbreitung eines solchen Blattes ist erfahrungsgemäß nie eine so bedeutende, daß seine Artikel und Notizen auch nur entfernt eine so große Leserschaft fänden als dieselben Mitteilungen, wenn sie in der Tagespresse erschienen.«

Verein Frauenbildungs-Reform, 1894



gerade in der Diskussion sind (instrumentelle Aktualisierung).<sup>10</sup>

Doch zielt die Öffentlichkeitsarbeit von Vereinen nicht nur auf Akzeptanz in der allgemeinen Öffentlichkeit. Vielmehr soll eine so genannte »latente« Teilöffentlichkeit (z.B. Frauen im deutschen Kaiserreich, die zwar gemeinsam von frauenspezifischen Restriktionen betroffen waren, diese aber noch nicht als Problem wahrnahmen) in eine bewusste und schließlich in eine aktive und organisierte Teilöffentlichkeit überführt werden.

Die Differenzierung der (Teil-)Öffentlichkeiten (extern-intern / latent-bewusst-aktiv)

schafflicher Konsens (wieder) hergestellt werden. Und dies gilt nicht nur für extern ausgerichtete Öffentlichkeitsarbeit, sondern ebenso für (vereins-)interne Kommunikation.

#### Anita Augspurgs Lehrjahre beim Frauenverein Reform

Anita Augspurg startete ihr Engagement für die Frauenbewegung im Rahmen des von Hedwig Kettler gegründeten Frauenvereins Reform. Dieser Verein hatte sich zum Ziel gesetzt, die Erwerbstätigkeit der »unverheiratet bleibenden Mädchen der gebildeten Stände«<sup>12</sup> durch Bildungsangebote zu fördern und

(v.l.n.r.) Anita Augspurg, Marie Stritt, Lily von Gizycki, Minna Cauer und Sophia Goudstikker inszenieren sich als Journalistinnen; um 1894

»Propagandaarbeit! Wer weiß, was alles damit zusammenhängt, der wird niemals sagen können, daß darin keine ‚Leistung‘ liegt. Es ist sogar eine der mühevollsten, anstrengendsten und aufreibendsten Arbeiten. Sie erfordert nicht allein körperliche, sondern vor allem geistige Kräfte [...] Sie verlangt die Uebersicht über die aktuellen Ereignisse, sie fordert das Eingreifen in dieselben, die Stellungnahme dazu, sie erheischt ein beständiges Studium aller einschlägigen Literatur, sie beansprucht Sinn und Talent für Organisation, und ‚last not least‘, sie erfordert gebieterisch das Aufstellen von Grundsätzen und die Sorge, daß die Prinzipien klar und fest in jeder Handlungsweise zum Ausdruck kommen.«  
Minna Cauer, 1913

vertrat damit keine bahnbrechend neuartigen Ziele. Innovativ war jedoch die Öffentlichkeitsarbeit des Vereins. Das begann damit, dass schon vor dem Verein das Vereinsorgan »Frauenberuf« gegründet wurde. Ein Jahr lang diente das Blatt als Austauschforum und Sammelbecken für Gleichgesinnte, dann erst kam man 1888 überein, den Frauenverein Reform zu gründen. Und das Programm der Zeitschrift wurde zum Programm des Vereins.<sup>13</sup>

Nachdem sich der Verein etabliert hatte und 1892 das Erreichen des großen gemeinsamen Ziels – die Errichtung des ersten Mädchengymnasiums Deutschlands in Karlsruhe – absehbar war, gewann die Ansprache der allgemeinen Öffentlichkeit Vorrang. Auf Initiative der Vereinsvorsitzenden Hedwig Kettler verzichtete man auf das Vereinsblatt zugunsten eines Pressedienstes für Zeitungen. In der Folge wurden Artikel, die sich für eine verbesserte Mädchenbildung einsetzen, in einer Auflage von ca. 500 Exemplaren gedruckt und an Zeitungs- und Zeitschriftenredaktionen verschickt.<sup>14</sup> Größere Qualitätszeitungen nahmen so von den Vereinsaktivitäten Notiz,<sup>15</sup> kleinere Blätter und Generalanzeiger übernahmen die zugesandten Artikel gar vollständig – meist ohne kenntlich zu machen, dass es sich hier um PR-Material handelte.<sup>16</sup>

Obgleich die Quellenlage nicht ausreicht, um Kausalitäten herzustellen, so fällt doch auf, dass mit der Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit des Frauenvereins Reform ein Wandel der veröffentlichten Meinung zur Mädchenbildung einherging. Dies legt die Analyse umfangreicher Zeitungsausschnittsammlungen nahe.<sup>17</sup> Dominierte zunächst die Auffassung, die Forderungen nach Mädchengymnasien und regulärer Immatrikulation seien »Blödsinn« und entsprängen »weibliche[n] Verwirrungen«<sup>18</sup> – die »Pfälzer Zeitung« verstieg sich gar zu der Behauptung, dass 50 Prozent der (ausländischen) Studentinnen bislang der Prostitution anheim gefallen sei<sup>19</sup> –, so sorgte vor allem das gute Abschneiden der ersten Gymnasiastinnen bei der staatlichen Abiturprüfung für eine deutlich positivere Beurteilung der Vereinsanliegen.<sup>20</sup>

Diesen Erfolgen innerhalb der allgemeinen Öffentlichkeit standen aber Schwierigkeiten bei der internen Kommunikation entgegen. Denn nachdem die Vereinszeitschrift aufgegeben worden war, fehlte ein Forum des Austauschs. Die vereinsinternen Spannungen mehrten sich, bis sich der Verein schließlich mehrmals spaltete.<sup>21</sup>

Augspurg hatte bei ihrem Engagement für den Frauenverein Reform nicht nur ihr erstes Betätigungsfeld – die Frauenbildung – entdeckt, sondern auch die Effekte einer kontinuierlichen Pressearbeit kennen gelernt. Augspurgs Öffentlichkeitsarbeit ging allerdings von Anfang an über die reine Pressearbeit hinaus, weil sie zum einen als Rednerin Versammlungsöffentlichkeiten aktivierte, zum

anderen ihre Kontakte zu einflussreichen oder prominenten Personen für gezieltes Lobbying nutzte. Es war Augspurg, die sich dafür einsetzte, den Frauenverein Reform für Männer zu öffnen:<sup>22</sup> »Durch die Zahl & die Namen der dem Verein beitretenden Männer zeigt man alsdann am besten, in welchem Maße unsere Ziele als berechtigt und billig bereits anerkannt werden«<sup>23</sup>, argumentierte sie 1891. Und für die von ihr gegründete Münchner Dependance des Frauenvereins Reform gewann sie einige schillernde Persönlichkeiten als Vereinsmitglieder wie z.B. den Vorsitzenden der bayerischen Sozialdemokratie, Georg von Vollmar, oder den Dichter Rainer Maria Rilke.

### Protest gegen das BGB – die erste konzertierte Aktion der bürgerlichen Frauenbewegung

Diese Kontakte, die Augspurg geknüpft hatte, sollten sich bei der ersten großen PR-Kampagne der bürgerlichen Frauenbewegung als hilfreich erweisen, dem Protest gegen den Entwurf für das reichsweite Bürgerliche Gesetzbuch (BGB). Seit 1895 hatte Augspurg die Verbesserung der Rechtssituation der Frau zu ihrem Arbeitsschwerpunkt gemacht. Sie forderte die Verwirklichung von Rechtsgleichheit und wurde zur treibenden Kraft des Protestes gegen das geplante Ehe- und Familienrecht.<sup>24</sup> Und ähnlich wie bei ihrem Engagement für den Frauenverein Reform setzte Augspurg auf eine möglichst breite Basis, die den Protest tragen sollte. Zunächst sicherte sie sich die Unterstützung des Dachverbandes der deutschen Frauenbewegung, des Bundes Deutscher Frauenvereine (BDF). Denn der BDF – so Augspurg – repräsentiere »alle Frauen Deutschlands«<sup>25</sup> und seine Unterschrift unter einem Aufruf unterstreiche die Legitimität der Anliegen.<sup>26</sup> Die damalige BDF-Vorsitzende, Auguste Schmidt, war alles andere als erbaut ob des »schroffen« Tons einer Vorlage, die ihr Augspurg als BDF-Aufruf präsentierte.<sup>27</sup> Doch schließlich akzeptierte sie Augspurgs Aufruf als Grundlage für eine Unterschriftensammlung.<sup>28</sup> Er wurde als Flugblatt 6.400-mal gedruckt,<sup>29</sup> und Augspurg reiste im Frühsommer 1896 mit diesem durchs Land, um als Rednerin eine bislang noch latente, nicht aktive Öffentlichkeit – die vom BGB betroffenen Frauen – zu mobilisieren.

In ihren Versammlungen attackierte Augspurg vorrangig das geplante eheliche Güterrecht, das den Nutznieß am Vermögen, das eine Frau in die Ehe einbrachte, allein dem Mann zuschrieb.<sup>30</sup> Es war vermutlich kein Zufall, dass Augspurg gerade diese Regelung so vehement angriff. Denn das Güterrecht war nicht nur in sozialdemokratischen, sondern auch in konservativen Kreisen höchst umstritten.<sup>31</sup> Augspurg konnte hier also auf eine breite, weit über die Grenzen der Frauenbewegung herausgehende Unterstützung spekulieren, die eine Gesetzesmodifikation möglich erscheinen ließ.

Die bereits erwähnten Kontakte zu Politikern, genauer zu Georg von Vollmar, der Mitglied des Reichstags war, konnten ebenso für die Kampagne genutzt werden. Von ihm erfuhr Augspurg beispielsweise, dass große Eile in den mit dem BGB befassten Kommissionen herrschte. Denn entgegen ursprünglicher Erwartungen sollte das BGB noch vor der Sommerpause des Reichstags durchgepeitscht werden. Dank dieser Vorab-Information konnte das Timing der Kampagne angepasst werden. Kurz vor der entscheidenden zweiten Lesung im Juni 1896 wurden nochmals 18.000 Unterschriften für Augspurgs Aufruf gesammelt und unentwegt Versammlungen abgehalten. Die Presse nahm irritiert einen »Frauenlandsturm«<sup>32</sup> wahr, der mit einer Abschlusskundgebung in Berlin endete, an der ca. 3.000 Frauen teilnahmen.<sup>33</sup>

Wenngleich die Zahl von 3.000 Demonstrantinnen heute nicht mehr beeindruckend mag, so muss hier doch berücksichtigt werden, dass diese Protestversammlung zum einen nicht mit dem herrschenden Vereinsrecht vereinbar war und dass zum anderen Frauen nicht daran gewöhnt waren, ihre Interessen

öffentlich zu artikulieren. Auch wenn das BGB schließlich beinahe unverändert den Reichstag passierte, so bleibt doch festzuhalten, dass es Augspurg in dieser Kampagne verstanden hatte, innerhalb der frauenbewegungsinternen Öffentlichkeit Konsens herzustellen. Über die inhaltliche Bewertung des BGB war man sich – trotz kleinerer taktischer Differenzen – weitgehend einig. Und dieser bewegungsinterne Konsens ermöglichte ein konfliktberechtigtes Auftreten nach außen.

Der BDF startete allerdings keine weiteren Kampagnen diesen Stils. Vielmehr sah er in den nächsten Jahren von offensiver Öffentlichkeitsarbeit ab und konnte sich erst 1912 durchringen, systematisch Pressearbeit zu betreiben.<sup>34</sup> Die »Radikalen« um Anita Augspurg und Minna Cauer hingegen sahen sich durch die allgemeine Aufmerksamkeit für die BGB-Kampagne in ihrer »Propagandarbeit« bestätigt. »Noch so eine Niederlage und wir haben gesiegt!«<sup>35</sup>, konstatierte Augspurg. Öffentlichkeitsarbeit wurde im zunehmenden Maße verfolgt, der Erfolg von Vereinsaktivitäten am Echo in der allgemeinen Öffentlichkeit gemessen.<sup>36</sup>



»Schutzmann jetzt kommen Sie mal mit und zeigen mir gefälligst, in welchem Paragraphen es steht, daß jede deutsche Untertanin ein Korsett tragen muß.«

## **Insenzierte Ereignisse: Augspurgs Verhaftung in Weimar**

Augsburg beließ es nicht bei öffentlichen Reden, Lobbying und reiner Pressearbeit. Sie setzte auch weitere PR-typische Kommunikationsstrategien ein wie z.B. das Inszenieren von Ereignissen.

Im Strafgesetzbuch des deutschen Reichs existierte der § 361,6, der die Prostitution verbot. Er lieferte gleichzeitig die Grundlage dafür, dass die Polizei nach Gutdünken Frauen, die sie für potentielle Prostituierte hielt, herausgreifen, zur gynäkologischen Zwangsuntersuchung schicken und gegebenenfalls der Sittenpolizei unterstellen konnte. Für Augsburg stellte dieser Paragraph eine »unerträgliche Missachtung der Persönlichkeit der Frau«<sup>37</sup> dar und ihre Beilage in Minna Cauer's Zeitschrift »Die Frauenbewegung«, die »Parlamentarischen Angelegenheiten und Gesetzgebung«, berichtete kontinuierlich über »polizeiliche Missgriffe«, d.h. über Verhaftungen und Zwangsuntersuchungen von »unbescholtenen« Bürgerinnen. Den Höhepunkt fand ihre Kampagne gegen den § 361,6 im November 1902, als Augsburg mit einer provozierten Verhaftung die Aufmerksamkeit der allgemeinen Öffentlichkeit auf den Prostitutionsparagrafen lenkte.

Weil einem Weimarer Polizisten Augsburgs »eigentümliches Gebaren«<sup>38</sup> aufgefallen war, hatte er sie angehalten und Fragen zur Person gestellt. Unklar ist, ob der Schutzmann sie für eine Prostituierte oder vielmehr für einen entflohenen Häftling in Frauenkleidern hielt. Immerhin trug Augsburg einen für damalige Verhältnisse ungewöhnlichen Kurzhaarschnitt. Jedenfalls griff Augsburg schließlich ins Geschehen ein und fragte an, ob der Polizist die Absicht habe, sie zu verhaften. Augsburg wurde daraufhin tatsächlich festgenommen und zur Wache gebracht. Dabei scheint aber eher Augsburg den Schutzmann zur Wache gezerrt zu haben. Denn der Polizist versuchte auf dem Weg zum Revier mehrfach, Augsburg wieder loszuwerden.<sup>39</sup>

Im Anschluss an ihre Verhaftung versuchte Augsburg dann, die allgemeine Empörung auf den § 361,6 StGB zu lenken. Dies gelang ihr insofern, als die deutsche Presse zunächst den Eindruck gewann, Augsburg, die ehrwürdige Frauenrechtlerin, sei tatsächlich aufgrund dieses Paragraphen als Prostituierte arretiert worden. Und nachdem bekannt wurde, dass der § 361,6 zwar prinzipiell die rechtliche Grundlage für Augsburgs Verhaftung hätte liefern können, in Augsburgs Fall aber nicht angewandt worden war, wurden zumindest »echte Missgriffe« im Reichstag diskutiert.<sup>40</sup> Ausgehend von Augsburgs Fall thematisierte der freisinnige Abgeordnete Ernst Müller-Meiningen verschiedene »polizeiliche Missgriffe«, wobei Sprache und Diktion von weiten Teilen seiner Rede darauf schließen lassen, dass Augsburg eine Vorlage geliefert

hatte. Ein Treffen der beiden im Vorfeld der Debatte ist zumindest nachweisbar,<sup>41</sup> so dass diese Rede durchaus auch als erfolgreiches Lobbying gewertet werden kann.

Aber das Presseecho auf Augsburgs »Verhaftung« und die Reichstagsdebatte war nicht ganz unproblematisch. Denn die Presse interessierte sich mehr für bereits etablierte Themen als für Augsburgs Anliegen. Sie amüsierte sich köstlich über die Tölpel bei der Polizei, die anscheinend keinen Mann von einer Frau unterscheiden konnten. Augsburgs Anliegen, die Abschaffung des § 361,6, wurde nur am Rande diskutiert.<sup>42</sup>

## **Aufgabe der Konsenssuche: Avantgarde-Bewusstsein**

Seit der Gründung des Deutschen Vereins für Frauenstimmrecht (DVF) im Jahr 1902 bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs galt Augsburgs Engagement hauptsächlich dem Frauenwahlrecht. Zusätzlich versuchte sie, Politik im Rahmen einer Partei zu betreiben. 1903 trat sie – zusammen mit ihrer Lebensgefährtin Lida Gustava Heymann – der Hamburger Freisinnigen Volkspartei (FVP) bei.

Diese Entscheidung dürfte durchaus von machtpolitischem Kalkül geleitet gewesen sein. Denn eine kleinere linksliberale Partei, der Nationalsoziale Verein, hatte stark um sie geworben.<sup>43</sup> Augsburg entschied sich aber für die größte der linksliberalen Parteien, für die Frauenfragen gegenüber weniger aufgeschlossene FVP: »Wollen unsere Frauen warten, bis die große liberal-demokratische Idealpartei sich konstituiert hat, so müssen sie vielleicht noch ein Jahrzehnt und länger der praktischen Politik fern bleiben und darauf verzichten, innerhalb derselben Geltung zu erlangen«<sup>44</sup>, argumentierte Augsburg in ihrer Zeitschriftenbeilage und stützte fortan die FVP.

Insgesamt muss die Erfahrung in der FVP ernüchternd gewesen sein. Die Partei weigerte sich strikt, die Forderung nach dem Frauenstimmrecht in ihr Programm aufzunehmen. Allenfalls beim Vereinsrecht machte sie ein paar Zugeständnisse. Augsburg war frustriert. »Man weiß nur gegen was man kämpfen möchte, nämlich gegen Partei egoismus, Interessenpolitik, Volksverdummung, Rechtsbruch, Charakterlosigkeit und Unmoral im weitesten Sinne, man findet aber bei keiner Partei die Bundesgenossenschaft, [...] sondern überall Kompromisse, halbe Schwenkungen, Konzessionen und Paktierungen«<sup>45</sup>, schrieb sie gut drei Jahre nach ihrem Parteieintritt in ihrer Zeitschrift. »[...] es macht mir keinen Spaß mehr [...]«<sup>46</sup>, ließ sie 1907 Minna Cauer intern wissen und zog sich mehr und mehr aus der Partei-, aber auch Vereinsarbeit zurück. Im gleichen Jahr verließ sie die FVP und gab ihre Frauenseite in der Zeitung »Der Tag« auf.

Lida Gustava Heymann übernahm daraufhin Augsburgs Arbeit in der Frauenstimm-

rechtsbewegung – allerdings unter anderem Vorzeichen. Heymann zog den Gesinnungsrigorismus der Suche nach Konsens vor. Und an Heymanns Seite entwickelte auch Augspurg ein neuartiges Avantgardebewusstsein, das es ihr erschwerte, für das Fußvolk ihrer Stimmrechtsbewegung, die Presse oder gar Parteien Verständnis aufzubringen.<sup>47</sup>

Um die Jahrhundertwende hatte Augspurg zu zahlreichen Journalisten ein gutes



Verhältnis aufgebaut.<sup>48</sup> Sie war beispielsweise in der Lage, in der renommierten »Frankfurter Zeitung« jederzeit »Lärm zu schlagen«<sup>49</sup>. Doch als die deutsche Tagespresse die militanten Demonstrationen der englischen Suffragetten einhellig verurteilte und Augspurg im Gegenzug die häufig misogynen Berichterstattung polemisch attackierte – in ihrer »Zeitschrift für Frauenstimmrecht« wurden beispielsweise Journalisten als »Wurstphilister«<sup>50</sup> und die Presse in ihrer Gesamtheit als »nichswürdig«<sup>51</sup> bezeichnet –, reagierte die Presse eingeschneppelt. Egal, wo Augspurg auftrat oder was sie inhaltlich vertrat, die Resonanz war fast durchweg negativ. Ihre Anliegen wurden fortan entweder ignoriert, bespöttelt oder auch diffamiert.<sup>52</sup>

Heymanns Rigorismus und Avantgardebewusstsein wirkten sich auch auf die vereinsinterne Öffentlichkeit aus. In privaten Briefen hatte Heymann schon 1906 geäußert, dass sie auf das Urteil der Masse der Stimmrechtlerinnen inzwischen nichts mehr gäbe.<sup>53</sup> Es sei ihr und Augspurg »völlig schnuppe«<sup>54</sup>, wenn wegen ihrer Vorträge oder Artikel »einige Vereine abfielen [...]. 5 wirklich radikale Frauen sind für unsere Sache wichtiger, als 500 radikale, die es nur halb sind.«<sup>55</sup>

Überzeugungsarbeit und die Suche nach einem vereinsinternen Konsens traten in den Hintergrund. Auch sahen Augspurg und Heymann in den Vereinsblättern weniger Foren für den vereinsinternen Austausch denn Machtmittel zur Durchsetzung ihrer eigenen

Positionen: Unliebsame Artikel wurden zuweilen aus den Vereinsblättern einfach ferngehalten.<sup>56</sup> So befremdlich einige Positionen im DVF heute auch erscheinen mögen – z.B. das Infragestellen des demokratischen Wahlrechts –, mit der Unterdrückung dieser Meinungen in der Vereinszeitschrift waren die Konflikte nicht gelöst. Im Gegenteil, ein wichtiges Instrument der vereinsinternen Kommunikation war nicht genutzt, ja ausgeschaltet worden. 1913 schließlich wurde Augspurg zur Abgabe der Redaktion ihrer Zeitschrift »Frauenstimmrecht!« genötigt, damit – so die Begründung – »die Zeitschrift in Wirklichkeit das Organ des Verbandes wird [...]«<sup>57</sup>. Augspurg verließ daraufhin zusammen mit Heymann den DVF.



Anita Augspurg (links)  
Lida Gustava Heymann  
1928 (rechts)

### Von der Akteurin zum Opfer in der Öffentlichkeit: Hetze gegen Augspurg in der Weimarer Republik

Nachdem Augspurg bereits seit 1907 auf die öffentliche Unterstützung der Presse, aber auch großer Teile der Frauenbewegung hatte verzichten müssen, verschärfte sich ihre Isolation noch, als sie sich zusammen mit Heymann nach Beginn des Ersten Weltkriegs für die Friedensbewegung engagierte. Die beiden Frauenrechtlerinnen wurden immer mehr von Akteurinnen zu Opfern von Öffentlichkeitsarbeit – vor allem von brutaler rechter Hetze. Ihre Pressearbeit für die Frauenfriedensbewegung stieß in den 1920er-Jahren kaum auf Resonanz: »Sie glauben nicht, wie viel Schwierigkeiten unsere Mitarbeiterinnen haben, daß die verschiedenen Notizen in der Presse Aufnahme finden«<sup>58</sup>, schrieb Heymann 1921. Und: »[...] für unsere Ideen ist eigentlich nirgends Verständnis [...]«<sup>59</sup>, »Wir erscheinen den Leuten derartig überspannt, daß man uns nicht mehr ernst nimmt [...]«<sup>60</sup>.

Ins Abseits gestellt innerhalb der allgemeinen Öffentlichkeit, aber auch innerhalb der Teilöffentlichkeit der Frauenbewegung, wurden Augspurg und Heymann leicht zu Opfern von Verleumdungskampagnen.

Exemplarisch sei ein Eklat vom Februar 1924 erwähnt. Augspurg, Heymann und ihre Mitstreiterin Gertrud Baer befanden sich in London. Dort sollten die drei – so war es zumindest in der deutschen Presse zu lesen – gesagt haben, »daß die Franzosen zur Besetzung des Ruhrgebietes durch die Haltung der deutschen Industriellen gezwungen worden seien, daß sie also deswegen keinen Vorwurf verdienten. Von ihrem, dem Standpunkt der deutschen Damen aus, sei es gleich, ob das Rheinland und das Ruhrgebiet unter deutscher oder französischer Kontrolle stehe. Die Hauptsache für sie sei, daß die deutschen Industriellen unter wirksamer Kontrolle kämen.«<sup>61</sup>

Diese Aussage löste in Deutschland, wo die Besetzung des Ruhrgebietes mehrheitlich als großes Unrecht angesehen wurde, heftigste Reaktionen aus. Ein Rauschen ging durch den deutschen Pressewald. Vor allem liberale und konservative Blätter ereiferten sich über das »empörende Verhalten«<sup>62</sup> der »drei Weiber«<sup>63</sup>. Die »Münchener Zeitung« betitelte einen Beitrag gar mit »Wie deutsche Frauen das Vaterland verraten.«<sup>64</sup>

Bezeichnenderweise stammte diese Äußerung gar nicht von Augspurg, sondern von Baer. Doch Augspurg wurde dafür in der allgemeinen Öffentlichkeit verantwortlich gemacht und an den Pranger gestellt. Für die Presse handelte es sich um einen »Augspurg-Skandal«.<sup>65</sup> Augspurg und Heymann mieden daraufhin München für die nächsten neun Monate.<sup>66</sup> Und auch im Jahr 1925 musste Heymann noch feststellen: »Wir haben immer noch sehr unter den Folgen dieser Affäre zu leiden – in unserer Arbeit und persönlich.«<sup>67</sup>

Es hat sich wohl kaum eine andere Frauenrechtlerin der ersten deutschen Frauenbewegung öffentlich so exponiert wie Augspurg. Und damit hatte sie sich auch angreifbar gemacht. Doch solange sich Augspurg zumindest auf der Ebene der Teilöffentlichkeiten um Konsens bemühte – beispielsweise innerhalb der Frauenbewegungsöffentlichkeit wie bei der BGB-Kampagne –, Koalitionen mit einflussreichen Personen bzw. Organisationen einging – wie mit Müller-Meinungen im Weimarer Verhaftungsfall – und dabei konstruktive Pressearbeit betrieb, konnte sie mit gezielten Provokationen in der allgemeinen Öffentlichkeit nicht nur Resonanz, sondern auch Verständnis für ihre Anliegen erzeugen. Als Augspurg aber im Zuge des Heymannschen Rigorismus keine Zweckbündnisse mehr einging, die Pressearbeit durch Presseschelte ersetzte und sich nicht mehr um Konsens in den von ihr geleiteten Vereinen bemühte, bewegte sie sich in der allgemeinen Öffentlichkeit als isolierte Akteurin, die weitgehend folgenlos attackiert werden konnte.

In der zweiten Hälfte der 1920er-Jahre hetzte im Besonderen die nationalsozialistische Presse gegen Augspurg und Heymann so-

wie ihre Friedensutopie. Während der »Völkische Beobachter« Augspurg – noch vergleichsweise harmlos – als »Abart des Begriffs deutsche Frau«<sup>68</sup> und »jüdische Altmeisterin der Frauenrechtleri«<sup>69</sup> bezeichnete, fragte »Der österreichische Nationalsozialist« gleich direkt: »Sind die Kugeln für solche Bestien schon gegossen? Wir hoffen es!«<sup>70</sup>

#### Anmerkungen

- 1 Minna Cauer: 25 Jahre Verein Frauenwohl, Berlin 1913, S. 24f.
- 2 Vgl. zum Propagandabegriff Klaus Arnold: Propaganda als ideologische Kommunikation, in: Publizistik, 48. Jg., 2003, H. 1, S. 63-82.
- 3 Tagebücher von Minna Cauer, Eintrag vom 1.1.1902, Frauenmediatum, Köln.
- 4 Vgl. z.B. Lida Gustava Heymann: Erlebtes – Erschautes. Deutsche Frauen kämpfen für Freiheit, Recht und Frieden 1850-1940. Frankfurt a.M. 1992; Christiane Henke: Anita Augspurg, Reinbek b.Hbg. 2000.
- 5 Augspurg redigierte bzw. gab heraus: »Parlamentarische Angelegenheiten und Gesetzgebung«. Beilage zu »Die Frauenbewegung. Revue für die Interessen der Frau«, 5.-12. Jg. (1899-1906) (=PAG); »Zeitschrift für Frauen-Stimmrecht«, Selbständiges Organ und zugleich Beilage zu »Die Frauenbewegung. Revue für die Interessen der Frau«, 1.-6. Jg. (1907-1912) (=ZfS); »Frauenstimmrecht! Monatshefte des Deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht«, 1.-2. Jg. (1912-1913) (=F!); »Die Frau im Staat. Eine Monatschrift«, 1.-15. Jg. (1919-1933).
- 6 Augspurg schrieb für verschiedene Zeitungen des Kaiserreichs. Herauszustellen ist eine Frauenseite mit dem programmatischen Titel »Der Kampf der Frau«, die Augspurg von 1902 bis 1907 für die illustrierte Beilage »Moderne Illustrierte Zeitung« der konservativen Berliner Zeitung »Der Tag« redigierte.
- 7 Günter Bentele: Grundlagen der Public Relations. Positionsbestimmung und einige Thesen, in: Wolfgang Donsbach (Hg.): Public Relations in Theorie und Praxis. Grundlage und Arbeitsweise der Öffentlichkeitsarbeit in verschiedenen Funktionen, München 1997, S. 21-36, hier S. 22f.
- 8 Vgl. zur idealtypischen Differenzierung von (Teil-)Öffentlichkeiten: James E. Grunig / Todd Hunt: Managing Public Relations, New York u.a. 1984, S. 145.
- 9 Vgl. Mathias Kepplinger: Theorien der Nachrichtenauswahl als Theorien der Realität, in: Aus Politik und Zeitgeschehen. Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament«, 1989, H. 15, S. 3-16.
- 10 Vgl. ebenda.
- 11 Vgl. zur Bedeutung der Kategorie der Erfahrung als Bindeglied zwischen der problematischen Dichotomie von privat und öffentlich: Ulla Wischermann: Feministische Theorien zur Trennung von privat und öffentlich – Ein Blick zurück nach vorn, in: Feministische Studien, 21. Jg., 2003, H. 1, S. 23-34, S. 25.
- 12 Was bezweckt der »Deutsche Frauenverein Reform«?, Weimar 1888, S. 3.
- 13 Rundschreiben der Herausgeberin des »Frauenberuf« an einige Mitarbeiterinnen dieses Blattes vom 30.1.1888, nachgedruckt in: Das Mädchen-Gymnasium in Karlsruhe, begründet vom Verein Frauenbildungs-Reform, eröffnet am 16. September 1893. Amtlicher Bericht über Entstehung, Eröffnung und Organisation der Schule, Weimar o.J. [1893], S. 5-8, hier S. 7.
- 14 Vgl. Bericht über die vierte General-Versammlung des Vereins Frauen-Bildungs-Reform, abgehalten in Wiesbaden, 5.-7. Juni 1893, Weimar o. J. [1893], S. 4.
- 15 Vgl. Zeitungsausschnitte im Hauptstaatsarchiv München (HStAM): II MK 11115-11118, 15029 und im Stadtarchiv Hannover (StadtAH): Nachlass Kettler 58, 60-63, 79-83.
- 16 Vgl. StadtAH: NL Kettler 80.

- 17 Vgl. Zeitungsausschnitte in HStAM, a.a.O.; StadtAH: NL Kettler 58, 60-63, 79-83.
- 18 Weibliche Verwirrungen, in: Württembergische Landeszeitung Nr. 250 vom 24.10.1888.
- 19 Frauengymnasien, in: Pfälzer Zeitung Nr. 268 vom 2.10.1896.
- 20 Vgl. Zeitungsausschnitte HStAM, a.a.O. und im Bundesarchiv Berlin (BAB): R 8034 II 7955.
- 21 Vgl. Susanne Kinnebrock: Anita Augspurg (1857-1943). Eine kommunikationshistorische Biographie im Kontext der deutschen Frauenbewegung und der internationalen Frauenfriedensbewegung, (Diss.), München 2001, S. 214-220.
- 22 Vgl. Schreiben Anita Augspurgs an Hedwig Kettler [ca. Frühjahr 1892], StadtAH: NL Kettler 365.
- 23 Schreiben Anita Augspurgs an Hedwig Kettler vom 14.10.1891, StadtAH: NL Kettler 344.
- 24 Vgl. Minna Cauer: Dr. iur. Anita Augspurg zum 60. Geburtstag, in: Vossische Zeitung Nr. 485 vom 22.9.1917.
- 25 Schreiben Anita Augspurgs an Auguste Schmidt vom 6.6.1896, Landesarchiv Berlin (LAB); Helene-Lange-Archiv (HLA): Fiche 15-55.
- 26 Vgl. Schreiben Anita Augspurgs an Auguste Schmidt vom 2.6.1896, LAB/HLA: Fiche 15-55.
- 27 Vgl. ebenda.
- 28 Vgl. ebenda.
- 29 Vgl. Schreiben Anita Augspurgs an Auguste Schmidt vom 13.7.1896, LAB/HLA: Fiche 15-55.
- 30 Vgl. Das Recht der Frau, in: Die Frauenbewegung, 2. Jg., 1896, H. 5, S. 48-50.
- 31 Vgl. Christiane Berneike: Die Frauenfrage ist Rechtsfrage. Die Juristinnen der deutschen Frauenbewegung und das Bürgerliche Gesetzbuch, Baden-Baden 1995, S. 35.
- 32 Vgl. Else Lüders: Der linke Flügel, Berlin 1904, S. 25.
- 33 Vgl. Richard J. Evans: The Feminist Movement in Germany 1894-1933, London/Beverly Hills 1976, S. 41.
- 34 Dies ist daraus ersichtlich, dass der BDF erst seit 1912 seine Pressearbeit systematisch archiviert. Vgl. LAB/HLA: Fiche 48-218.
- 35 Schreiben Anita Augspurgs an Auguste Schmidt vom 13.7.1896, LAB/HLA: Fiche 15-55.
- 36 Vgl. exemplarisch: Vorwärts und durch!, in: PAG, 1901, H. 21, S. 81.
- 37 Anita Augspurg: Schweigen die Frauen?, in: PAG, 1902, H. 14, S. 53.
- 38 Anita Augspurg: Beschwerdeschrift von Dr. iur. Anita Augspurg an den Gemeindevorstand der Großherzoglichen Sächsischen Haupt- und Residenzstadt Weimar, in: PAG, 1902, H. 22, S. 85-86, S. 85 und in: Frankfurter Zeitung Nr. 309 vom 7.11.1902.
- 39 Vgl. ebenda.
- 40 Vgl. Verhandlung des Reichstages, 220. Sitzung am 22. November 1902, polizeiliche Mißgriffe betreffend, in: PAG, 1903, H. 1-2, S. 2-3, S. 6-7.
- 41 Ebenda.
- 42 Vgl. Zeitungsausschnitte im BAB: R 8034 II 7956 und im Staatsarchiv Hamburg (StAHH) P.P. S 14139.
- 43 Die Nationalsozialen an der Arbeit, in: Hamburger Fremdenblatt Nr. 110 vom 12.5.1903.
- 44 Das Resultat der Wahlen, in: PAG, 1903, H. 13, S. 49.
- 45 Anita Augspurg: Programm, in: ZfS, 1. Jg., 1907, H. 1, S. 1-2, S. 1.
- 46 Privatarchiv Brigitte Bruns, München: Schreiben Minna Cauers an Emma von Witt vom 17.10.1907.
- 47 Vgl. Amira Gelblum: Feminism and Pacifism. The Case of Anita Augspurg and Lida Gustava Heymann, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte. Bd. 21: Neuere Frauengeschichte, 1992, S. 207-225, hier S. 218.
- 48 Vgl. Vorwärts und durch!, in: PAG, 1901, H. 21, S. 81.
- 49 Schreiben Anita Augspurgs an Paul Geheeb vom 26.7.1901, Geheeb-Archiv, Hasliberg/Schweiz.
- 50 Der Hungerstreik der Suffragettes, in: ZfS, 3. Jg., 1909, H. 9, S. 38.
- 51 Drei Dokumente englischer Männer zur Suffragettes-Bewegung, in: ZfS, 4. Jg., 1910, H. 1, S. 2-3, hier S. 3.
- 52 Vgl. Zeitungsausschnitte in: StAHH: P.P. S 9001/I-IV und P.P. S 14139 sowie BAB: R 8034 II 7958-7966.
- 53 Vgl. Schreiben Lida Gustava Heymanns an Käthe Schirmacher vom 5.9.1906, Universitätsbibliothek Rostock: Nachlass Schirmacher 992.
- 54 Ebenda.
- 55 Ebenda.
- 56 Das hatte zur Folge, dass Stimmrechtlerinnen mit abweichenden Meinungen auf andere Blätter ausweichen mussten – z.B. auf das »Centralblatt des Bundes deutscher Frauenvereine«.
- 57 Adelheid von Welzeck: Die V. Generalversammlung des Deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht in Eisenach vom 6. bis 9. Oktober 1913, in: Ff, 2. Jg., 1913, H. 8, S. 167-173, hier S. 168.
- 58 Schreiben Lida Gustava Heymanns an Emily Greene Balch vom 3.2.1921, Archiv der Vereinten Nationen, Genf (AVN): WILPF-Papers: III R65.
- 59 Schreiben Lida Gustava Heymanns an Vilma Glücklich vom 17.1.1923, AVN: WILPF-Papers: II R41.
- 60 Schreiben Lida Gustava Heymanns an Vilma Glücklich vom 4.11.1923, AVN: WILPF-Papers: II R41.
- 61 Weibliche Lumpen. Anita Augspurg und die Franzosen, in: Münchner Neueste Nachrichten Nr. 46 vom 16.2.1924.
- 62 Empörendes Verhalten »deutscher« Frauen, in: Bremer Nachrichten Nr. 47 vom 10.2.1924.
- 63 »Deutsche« Frauen, in: Münchner Zeitung Nr. 63 vom 4.3.1924.
- 64 Wie deutsche Frauen das Vaterland verraten, in: Münchner Zeitung Nr. 48 vom 18.2.1924. Vgl. für weitere Pressereaktionen AVN: WILPF III R65.
- 65 Nochmals der Augspurg-Skandal, in: Deutsche Tageszeitung Nr. 134 vom 19.3.1924.
- 66 Schreiben Lida Gustava Heymanns an Jane Addams vom 4.11.1924, Jane-Addams-Papers, Swarthmore (JAP) 16.
- 67 Schreiben Lida Gustava Heymanns an Jane Addams vom 5.3.1925, JAP 17.
- 68 Frauenliga, in: Völkischer Beobachter Nr. 104 vom 3.5.1930.
- 69 Auch ein Verein, dem einmal das Handwerk gründlich gelegt wird, in: Völkischer Beobachter Nr. 154 vom 3.6.1931.
- 70 Jüdisches Weibsvolk gegen den Anschluß, in: Der österreichische Nationalsozialist Nr. 10 vom 22.1.1927.

#### Randzitate

- Bericht über die Fünfte Generalversammlung des Vereins Frauenbildungs-Reform in Berlin, 15.-17. Oktober 1894, Hannover 1894, S. 6.  
 Minna Cauer: 25 Jahre Verein Frauenwohl, Berlin 1913, S. 24f.

#### Bildnachweise

- Seite 23: Brigitte Bruns / Rudolf Herz (Hg.): Hof-Atelier Elvira 1887-1928. Ausstellungskatalog, München 1985, S. XIV; Rechte: Gabriele Braunschwarzenstein, Frankfurt a.M.  
 Seite 25: Thomas Theodor Heine: Frauenrechte auf der Polizeiwache, in: Simplicissimus, 7. Jg., 1902, Nr. 36, S. 288.  
 Seite 27: (links) Lexikon der Frau, Bd.1, Zürich 1956, S. 161.  
 Seite 27: (rechts) Frau und Gegenwart, 5. Jg, 1928, H. 11, S. 3.